

DIE GEWERKSCHAFTEN UND DIE EU

Ein Buch des DGB-"Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung"

2014 hat man uns mit einem Gedenkjahr beglückt: „Ausbruch“ des Ersten Weltkriegs. Von der „Urkatastrophe“ war da die Rede, usw. Ein Thema aber blieb ganz ausgespart: die Rolle der Sozialdemokratie, als die deutschen und habsburgischen Eliten den Krieg vom Zaun brachen. Und beim verbrecherischen Verhalten der damaligen Sozialdemokratie spielten die Gewerkschaften als der rechte, der systemkonforme Flügel, eine spezifische Rolle.

Verbrecherisches Verhalten? Die Sozialdemokratie stimmte Anfang August für die Kriegskredite und trug so das Ihre dazu bei, den Ersten Weltkrieg möglich zu machen. Man lese nach, was *Rosa Luxemburg* 1916 dazu sagte! Die österreichische Sozialdemokratie hatte zwar diese Möglichkeit nicht. Der Reichsrat, das Parlament war im Habsburgerstaat zu dieser Zeit wieder einmal auf Grund eines oft missbrauchten Notstandsartikel suspendiert. Aber Friedrich Austerlitz, Chefredakteur der "Arbeiter-Zeitung", erklärte den 5. August deswegen zum "Tag der deutschen Nation" und meinte: Die Weltgeschichte müsse sich rückwärts drehen, wenn dem deutschen Volk nicht sein Recht würde ...

Als Linker ist man heute stets geneigt, den Gewerkschaften einen Vertrauensvorschuss zu geben, weil sie im Schussfeld der ultrakonservativen Ideologen stehen. Zu Unrecht. Die Eliten selbst wissen durchaus, was sie an den Gewerkschaften haben. Sie gehören zu den wichtigsten Stabilisatoren des Systems. Aber sie haben eben auch höchst ambivalente Züge. Manchmal wollen sie hartnäckig mehr Lohn ...

Man muss dabei differenzieren. In den USA werden Gewerkschaften seit Robert Kennedy (1968 [1960]) und schon früher gern als die Verkörperung der Korruption dargestellt. Da ist was dran, wenn auch die Polemik des Millionärs-Söhnchens mit MacCarthy-Neigungen gegen die Gewerkschaften in den Vordergrund drängt. Und die deutschen Gewerkschaften zeigen durchaus Neigungen, sich zu amerikanisieren. Betriebsrat-Vorsitzender Klaus Volkert von VW ging in den Bau, während Peter Hartz – ja, *der* Hartz! Der kommt ursprünglich ja auch aus der Gewerkschaft – von der anderen Seite geschont wurde.

Aber das eigentliche Problem diesseits des Ozeans ist das politische. Seit einem Jahrhundert bilden Gewerkschaften im deutschen Sprachraum den rechten Flügel der Sozialdemokratie. Seitdem diese zum Transmissionsriemen neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wurde, gilt dies für die Gewerkschaften in noch viel stärkerem Ausmaß. Schon Ende der 1970ern haben österreichische Gewerkschaften Demonstranten gegen Rüstungs- und Panzer-Exporte nach Syrien, Chile und Südafrika von der Straße geprügelt. – Es ist hier nicht der Platz, dies umfassend zu analysieren. Wohl aber müssen wir uns einmal ihre Stellung zu EU und zum Euro ansehen.

Die komplexe hegemoniale Struktur der EU, mit ihrem Zentrum in Brüssel, welches von einem anderen Zentrum, Berlin-Frankfurt, teilweise abhängt, erzeugt immer größere Unzufriedenheit, und zwar selbst bei der Bevölkerung des Hegemonialstaats. So steht die Zustimmung der abhängigen Schichten und Klassen selbst dort schon auf dem Spiel; von den peripheren Ländern wollen wir gar nicht reden. Aber *Die Linke* in Deutschland ist nicht bereit, diesen Unmut aufzugreifen. Zu sehr ist sie auf Regierungsbeteiligung und ihren „Weg nach Godesberg“ beschäftigt. So wenden sich erhebliche Teile der Bevölkerung an ein anderes Anbot, an die Alternative für Deutschland (AfD). Aber die positioniert sich gesellschaftspolitisch eindeutig rechts. Und das ist der Ausgangspunkt:

Was liegt für die Eliten näher als jene einzusetzen, die aus der Tradition heraus noch immer in gewissem Maß als die Vertreter der Arbeitenden gelten? Der DGB muss her. Der schickt nun seine Experten los. Sie sollen offenbar eine umfassende Schulungs-Unterlage für die Betriebsräte und Mitglieder erstellen und diesen auch schon skeptischen Personenkreis pro Euro indoktrinieren.

Ob das mit dieser Broschüre gelingt? Die Zweifel sind erheblich. Nicht nur geht sie zusehr gegen die Erfahrungen des Zielpublikums. Das Niveau ist überdies so angesetzt, dass sich nicht wenige davon verhöhnt fühlen dürften.

Der Anlass

Rezensionen sind gewöhnlich fad. Und wenn eine Polemik daraus wird, tritt man den meisten Lesern zu nahe: Sie sind an solchen Hackereien nicht interessiert. Es gibt allerdings bisweilen Publikationen, an denen man nicht vorüber gehen sollte. Manchmal gilt dies des Inhalts wegen. Manchmal aber sind die Herausgeber von Bedeutung.

Dies gilt von der Broschüre *Meyer / Watt* 2014. Als Herausgeber zeichnet ein IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung). Gegründet 2005 vom DGB, darf man es wohl als Sprachrohr der deutschen Gewerkschaften bezeichnen. Man sieht also mit Interesse hin, welche Positionen diese gewerkschaftsnahen Ökonomen vertreten.

Der erste und prägende Eindruck ist: Das Niveau der Argumentation ist jenseits jeden Qualitätsanspruchs. Man fragt erschrocken: Wie kann man im Auftrag des DGB auf dieser Ebene argumentieren? Das steht noch weit unter den Schriften der ja auch nicht eben intellektuellen Glanzlichter aus München oder Kiel.

In der *Einleitung* diagnostizieren die zwei Editoren eine „Demokratiekrise“. Aber sie benennen nicht die EU, die Kommission, den EuGH, den Rat oder auch das Parlament. Die bauen systematisch alle Möglichkeiten nicht affirmativer Beteiligung an Entscheidungen, an der Selbstbestimmung der europäischen Bevölkerungen ab. Sie rücken die Partizipation weit weg von den Menschen und machen sie damit unmöglich. Die „Demokratiekrise“ sehen die Herren dagegen im Sinken der Wahlbeteiligung an einer Wahl zum EP. Haben doch die meisten Menschen längst die Vergeblichkeit eingesehen, über eine solche Wahl irgend etwas zu bewegen. Also bleibt die Nichtbeachtung die einzige rationale Alternative.

Sodann erklärt uns *Thomas Fricke* leicht fasslich, dass die Krise keine Staatsschuldenkrise sei. Die Euro-Krise ist vielmehr eine nervöse Zuckung ängstlicher, dem Herdentrieb folgender „Anleger“ – nicht Spekulanten –, einer „typisch-tückischen Eigendynamik von Finanzmärkten“ (15), wo „der Virus“ (13) im „Dominoeffekt“ (12) wegen der *No-bailout*-Klausel (18) ganz unmotiviert von einem Peripherie-Land zum anderen springt. Und er erklärt es mit der „modernen Theorie“ (13): Das „tiefere Phänomen“ ist die „Dysfunktionalität der Finanzmärkte“ (12) angesichts „multipler Gleichgewichte“ (14). Damit ist das Niveau der Broschüre vorgegeben.

Die wachsenden Divergenzen in der Produktivität und die Unmöglichkeit, mit Ab- oder Aufwertungen darauf zu reagieren? Nie gehört! Die Finanzkrise hat als Bankenkrise wegen der ständig wachsenden Ungleichheit und den kriminellen Versuchen (nicht nur) in den USA, das zu vertuschen, begonnen? Aber geh, wen interessiert dies schon! Die Maastricht-Kriterien und die *No bail out*-Klausel waren der wohlüberlegte Versuch, die anderen Wirtschaften auf deutsche Art zu disziplinieren und eine eigenständige Wirtschaftspolitik unmöglich zu machen? Aber das war doch nur ein kleines Versehen! Das Modell Genickbruch, seinerzeit von Kohl und Köhler der DDR gegenüber erfolgreich angewandt, sollte auf ganz Europa übertragen werden? Wer denkt denn so was! Richtig ist allerdings, dass dieses Modell Genickbruch sich in seinem verführerischen Charme für die deutsche Regierung so verselbständigte, dass nicht wenige deutsche Politiker es auf einen Zerfall der Währungsunion ankommen lassen wollten. Erst Ende 2012 realisierte einige aus der deutschen Elite, dass der politische Schaden z.B. eines „Grexit“ auch für sie hoch sein würde. Da gab die Merkel-Regierung Gegensteuer. Aber da hatte die Krise ihre Wirkung ohnehin schon getan, und besser als erwartet. Jene Regierungen, die man schocken wollte, vor allem die Berlusconi-Partei, hatten schon aufgegeben. Dort saß bereits ein Reichskommissar namens Monti. Und der Fiskalpakt und das Europäische Semester war beschlossene Sache.

Der nächste Artikel von *Henning Meyer* ist nicht besser. Er bemüht sich, weit offene Scheunentore einzurennen. Dass Steuererhöhungen „oft“ die breite Masse treffen (29), ist ja wahrlich eine Überraschung. Aber die Troika, welche diese „Sparpolitik“, die Rückentwicklung zur Dritten Welt, in Südeuropa durchsetzt, und die jetzt auch vor den Toren Italiens und Frankreichs steht, kommt kein einziges Mal vor. Das ist eine Konstante des Buchs. Wir werden auf einen „europäischen Neustart ... mit einer

neuen Kommission“ (31) vertröstet – einen Neustart mit einem Kommissions-Präsidenten, welcher als Eurogruppen-Vorsitzender die alte Politik maßgeblich durchgesetzt hat.

Sebastien Dullien meint, auf die paar Milliarden komme es wahrlich nicht an, bei den Geschenken an die Banken. Und damit er die Belastung der deutschen Bevölkerung, nicht der Eliten, wirklich herunter rechnen kann, verteilt er sie auf die Jahre von 1999 bis 2014. Macht doch eh nur einen Milchkaffee pro Woche aus! Genau dasselbe meinte vor Jahren eine höhere Tochter in Österreich, als die Pensionen gekürzt wurden: Macht eh nur eine Wurstsemmel pro Woche aus! Und für diese damals Vorsitzende der Jungkonservativen traf das ja auch zu. Sie hat als Studentin wahrscheinlich monatlich einen doppelt so hohen Scheck von den wohlhabenden Eltern erhalten, als die Mindestpensionen betragen.

Der deutsche Exporterfolg wurde nicht etwa durch die akute Unterbewertung des Euro für die deutsche Exportwirtschaft erreicht. Nein, es war „der Wegfall des Wechselkursrisikos“ (44). Im Übrigen ist die Argumentation auf den Ausspruch des Mannes aufgebaut, der vom Dach eines Hochhauses fällt, und beim zweiten Stock wiederholt er sich noch einmal: „Bis jetzt ist es gut gegangen!“ Durchgehend wird für ein systematisches *bail out* plädiert. Denn *Deutschland* sei der große Gewinner des Euro. Die Verwendung der nationalen Kategorie ist einfach Manipulation. Dass die deutschen *Exporteure* die großen Gewinner sind, wissen wir. Die deutsche *Bevölkerung* aber berappt ohnehin schon die Kosten dafür, durch niedrigere Löhne und höhere Preise im Inneren. Diese Bevölkerung soll also jetzt noch einmal die Gewinne der abenteuerlichen Geschäfte der Banken und ihrer kriminellen Spitzen auffetten. Für Gewerkschaftsleute ist dies eigentlich ein starkes Stück.

Einigermaßen verwundert nimmt man zur Kenntnis, dass *Peter Bofinger* (*Modell Deutschland?*) nüchtern doch einen schon fast kritischen Ton anschlägt, in Maßen natürlich. Die „Lohnmoderation“ ab 2000 habe direkt in die Stagnation der Binnenwirtschaft geführt. Die Akteure, die SPD-Grüne-Regierung benennt er nicht. Die BRD hat eine Politik der „Inneren Abwertung“ geführt und damit ihren Exporterfolg auf Kosten der anderen Wirtschaften in der Eurozone erreicht. Dass diese Politik der „Inneren Abwertung“ durch eine Politik der realen äußeren Abwertung für die BRD ergänzt wurde; dass die Kursentwicklung des Euro zur Abwertung für die BRD, aber zur Aufwertung für den Süden wurde und werden musste, also zur wirklichen Umkehrung notwendiger Maßnahmen, das kann natürlich der Verfasser des *Bofinger-Manifestes* nicht schreiben. Die BRD kann, wie er meint, durchaus kein Modell für die Krisenländer darstellen. Was er nicht sagt: Genau als das wurde sie von der Troika dem Süden aufgezwungen. Alles, was er als kontraproduktiv beurteilt, wurde in Athen, Madrid und Lissabon den allerding höchst willfährigen Regierungen aufgedrückt. Aber die Troika kennt Bofinger ebenso wenig wie vorher Meyer.

Damit man aber bei diesen leicht kritischen Tönen nicht etwa auf die Ideen kommt, die Währungsunion wäre ein Schaden für ganz Europa, nicht nur für den Süden, schreibt der nächste Beitrag eines gewissen *Andrew Watt* gegen diesen „brandgefährlichen Mythos“ an. „Der deutsche Wettbewerbsvorteil wurde ... dank des Euro nicht von Währungsaufwertungen wieder zunichte gemacht“ (61). Für einen Moment ist man sprach- und fassungslos. Das war genau das Argument des BDI über Jahrzehnte: Wir sehen nicht ein, dass unsere Gewinne durch eine Aufwertung geschmälert werden sollen. Bofinger kritisiert noch die *beggar-my-neighbour*-Politik der BRD – hier, 3 Seiten weiter, wird sie offen befürwortet. Und die anderen Wirtschaften? Der Crash ist „nicht im engeren Sinn die Schuld der Währung“, und der Wechselkurs ist sowieso belanglos, denn „zu sehr wird er von der Spekulation weg hin zum Gleichgewicht getrieben“ (62) – alles wörtlich. Diese Länder hätten ja auch sonst Probleme gehabt. Und da sie den Crash-Kurs durchgemacht haben, ist das jetzt ohnehin wurscht, da wird es wieder aufwärts gehen. Dieses Argument kommt dreimal. Man fragt sich, wer der Mann ist. Und da kommt der nächste Schock: Er präsentiert sich als „verantwortlich für die operative Leitung“ des Gewerkschaftsinstituts.

Nach diesem Tiefpunkt wirkt der nächste Artikel von einem Zeit-Journalisten, Mark Schieritz, schlichtweg belanglos. Niemand fürchtet eine „*Weimarer*“ *Hyper-Inflation*. Ansonsten wiederholt er die gängigen Phrasen der Oligarchen-Presse: Die Banken „müssen (!) mit Steuergeldern gestützt werden“, etc.

Und schon wieder schreibt einer, der das Institut „leitet“, ein *Klaus Horn*. Der bemüht sich, mit advokatischen Phrasen die EZB gegen den Vorwurf zu verteidigen, auch des deutschen Verfassungs-Gerichts, sie überschreite ihre Kompetenzen. Advokat ist im Deutschen inzwischen ein Schimpfwort.

Nun ist die Frage, wie sehr sich die EZB am "stillen Putsch" (Roth 2014), am permanenten Staatsstreich bzw. dem Verfassungsbruch beteiligt, aus rechtsstaatlicher Sicht alles andere als eine Lappalie. Aber die ökonomisch zentrale Frage ist es nicht. Es zeigt hingegen, dass die Konstrukteure der Währungsunion ihrer eigenen Ideologie von der vollkommenen Regulierungsfähigkeit des Markts aufgesessen sind. Denn sie wollen ganz gern legal bleiben, wenn sie schon die Legitimität ständig missachten. Aber sie haben die EZB schlecht aufgestellt, und nun sind sie in der Zwickmühle.

Das Argument ist aber wichtig. Es bildet den inhaltlichen Zentralpunkt dieser Kritik (vgl. später) und darf daher nicht Teil einer Polemik gegen einen x-beliebigen Ideologen sein. Dasselbe gilt für die Frage souveräner Staaten (Stephan Collignon).

Im Grund könnte man hier aufhören. Doch der Vollständigkeit halber seien die restlichen zwei Beiträge erwähnt. Da schreibt eine Möchtegern-Bundespräsidentin (Gesine Schwan) über europäische Demokratie. Der Beitrag lebt von Illusionen über die EU, aber er hat zumindest einen Impuls: Sie schlägt eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente vor. Vielleicht bekommt sie das angestrebte Amt tatsächlich noch einmal; gegenüber dem jetzigen widerlichen Kriegshetzer wäre sogar das ein Fortschritt.

Sodann kommen abschließend zwei Autorinnen direkt im Dienst eines Großspekulanten zu Wort (Ulrike Guerot von der Open Society des George Soros, Victoria Kupsch), In wilhelminischer Sprache („Reichenschiebermentalität“ geifern sie gegen die Opposition, wie seinerzeit die preußischen Militaristen "Krämer-Mentalität" gegen England schimpften) befürworten sie eine aggressive deutsche Außenpolitik. Der imperialistische Angriff auf Libyen im Jahr 2001, der zum Zerfall des Staats und der Herrschaft der *warlords* heute geführt hat, wird bei ihnen zur „humanitären Aktion“ (111). Dieser Beitrag zeigt, dass SPD und Grüne und offenbar auch die Gewerkschaften heute deutlich rechts von der CDU stehen. Als Nichtdeutscher beginnt man sich vor dieser „außenpolitischen Verantwortung“ des „wohlwollenden Hegemons“ zu fürchten, der da berufen wird. Andere Sozialdemokraten wollten schon die Kavallerie gegen Nachbarländer loslassen. Und wenn von "Verantwortung" die Rede ist, speziell im internationalen Kontext, müssen schon alle Alarm-Sirenen schrillen: Das ist für die Ideologen der Macht das Codewort für aggressive imperialistische Politik.

Das eigentliche Thema: Der Euro als Struktur von Finanzoligarchie und Bürokratie

Wir dürfen das eigentliche Ziel der EU spätestens nach der Machtübernahme Delors' in Brüssel sowie der Großen europäischen Wende bald danach nie vergessen: Ein supranationaler Staat soll die Ein-Viertel-Gesellschaft durchsetzen und garantieren und mit ihr die große Umverteilung nach Oben. Unter der Bedingung bisheriger nationalstaatlicher und immer noch *nationalgesellschaftlicher* Organisation bedeutet dies freilich u. a. eine klare nationale Dominanz des Hegemonialstaats. Das ist, mit Abstand, Deutschland. Die schon seit langem mehr angemähte als reale Rolle eines politischen Hegemons seitens Frankreichs wirkt zunehmend lächerlich und kann kein Gegengewicht mehr bilden – jedenfalls nicht, solange Euro und EU bestehen.

Beginnen wir unsere Überlegungen noch einmal mit einem Zitat aus dem Büchlein: Da wird „die prinzipiell unabhängige Geldpolitik“ der „demokratisch zu legitimierenden Fiskalpolitik“ gegenübergestellt (90). Man glaubt es vorerst kaum, dass ein Verteidiger der EU dies tatsächlich zugibt. **Der zentrale Bereich der Wirtschaftspolitik, die Geldpolitik, ist jeder demokratischen Kontrolle entzogen.**

Die Finanzoligarchie hat sich bereits seit längerer Zeit mit den Zentralbanken ihr eigenes Instrument geschaffen, wo sie den Menschen sagt: Das geht auch nichts an. Hände weg! Das ist die Prämrogative der Experten!¹ Das und nichts anderes bedeutet die Phrase von der Unabhängigkeit der Zentralbanken. Doch im nationalstaatlichen Kontext mit ihren engen personellen Verflechtungen war diese Kontrolle des wichtigsten Instruments der Politik seitens der Finanz- und Wirtschaftseliten nicht so ganz gesichert. Die nationalen politischen Klassen tendierten stets dazu, sich selbst als die nationalen Gesamtkar-

¹ Unter *Prämrogative* (des Monarchen) verstanden liberale Theoretiker des 18. Jahrhunderts wie *Montesquieu* das Recht, ohne irgendeine Kontrolle die Außenpolitik zu bestimmen. Es war eine jener "theoretischen" Konstruktionen von zaghaften Intellektuellen, die es nicht wagten, die eigenen Ideen zu Ende zu denken.

pitalisten zu sehen und sich so zu verhalten. Nirgendwo ist dies so deutlich geworden wie in der Banken-Aufsicht, die, wie man so schön sagt, „versagt“ hätte.

Der Euro als solcher ist die Abschaffung von Wirtschaftspolitik (Reiterer 2014). Einer möglichen Intervention gegen die Tages-Interessen des Kapitals soll damit endgültig ein Riegel vorgeschoben werden. Aber das heißt keineswegs, dass nicht Interventionen im mittel- oder längerfristigen Interesse des globalen Finanzkapitals möglich sein sollten –oder auch Eingriffe, um für einzelne gut vernetzte Klüngel ihr gefährdetes Kleingeld zu retten. Das wissen wir spätestens seit der Eurokrise. Eine Zentralbank war überdies technisch notwendig. Und dies konnte und wollte man nützen. Wie schon mit den sonstigen EU-Zentralinstitutionen vorexerziert, musste auch die EZB dazu aus der gefährlichen Reichweite der nationalen Politik weg. Dort konnte sie im überschaubareren Zusammenhang immer wieder unter Druck der Bevölkerung kommen, "Unabhängigkeit" hin oder her. Die globale Oligarchie selbst wollte entscheiden, und nur mehr sie. So setzte man denn auch nach einem kurzen Zögern (Trichet) einen Präsidenten hin, der aus dieser Oligarchie selbst kommt: Mario Draghi war Spitzen-Manager bei Goldman Sachs.

Damit war die Verschmelzung zwischen Finanz-Oligarchie und verantwortungsloser autoritärer Bürokratie augenfällig vollzogen.

Die angebliche Trennung zwischen der "Politik" und der EZB ist sowieso ein schlechter Witz. Nicht nur ist der angeblich "rein technische" Charakter des Geldsystems ein offenkundiger Unsinn. Allein die Anwesenheit der EZB in der Troika müsste allen die Augen öffnen. Die Troika schreibt den Regierungen des Olivengürtels ihre Politik bis ins Detail vor. Mit der Fiskalpolitik ist der Rest der politischen Entscheidungen festgelegt. In jedem Anfänger-Lehrbuch kann man lesen: Ein Budget ist das Regierungsprogramm für das folgende Jahr.

Griechenland, Portugal und Spanien sind heute Protektorate der EU im Allgemeinen und der EZB im Besonderen. Die politische Abhängigkeit dieser Regierungen gegenüber Brüssel und Frankfurt ist viel stärker ausgeprägt, als etwa jene des Protektorats Ägypten im Jahr 1880 gegenüber England, oder Marokkos im Jahr 1910 gegenüber Frankreich. Es mag stimmen (Roth 2014), dass es in Portugal die konservative Regierung selbst war, die auf eine diskrete Weise das politische Programm entwarf und es sich von der Troika aufdrängen ließ, weil sie nicht dafür gerade stehen will. Aber macht dies die Sache besser? Das heißt doch nur: Die Regierung könnte intern, mit demokratischen Mitteln, das Programm nicht durchsetzen. Die Troika dient der Regierung als Besatzungs-Bataillone für das eigene Land.

Mario Draghis zynisches Dauer-Lächeln bildet die Maske der Finanz-Oligarchie nicht schlecht ab. Mit dem OMT, dem *bail out*-Programm der EZB, hat er also "den Euro gerettet". Wie er selbst zugab, hat er damit den europäischen Wohlfahrtsstaat zerstört, und mit ihm die europäische Demokratie.

Aber so ganz sicher ist dies noch nicht. Noch gibt es auf nationaler Ebene Potenziale der Demokratie und des Kampfs darum.

„Europäische“ Demokratie?

Es ist ein Lieblingsthema der Grünen: Wir müssen das EP stärken, damit wir zu mehr Demokratie in der EU kommen. Und weil in diesem Prozess, bei der Wahl des EP, das allgemeine Wahlrecht zum Tragen kommt, ist dies eine der am schwierigsten zu bekämpfenden Illusionen. Und doch ist es im Grund recht einfach.

Über „europäische“, grenzüberschreitende Fragen sollen also „alle Betroffenen“ abstimmen? Die Bewohner des Inntals in Tirol leiden seit vielen Jahren bereits unter dem wahnsinnigen LKW-Transit, der durch die „Freiheit“ erzeugt wird, deutsche Erdäpfel nach Italien zu transportieren, sie dort schälen zu lassen und sie wieder nach Bayern zurück zu karren. Kein Problem, meinen die Grünen: Lassen wir die 10 Mill. Bayern und die 30 Mill. Norditaliener sowie die 700.000 Tiroler darüber abstimmen! Kann es einen größeren Hohn geben? Die Mehrheit der deutschsprachigen Kärntner sollen gleich auch darüber abstimmen, ob sie der Minderheit, den 3 % Slowenen, das Grund- und Menschenrecht zugestehen, Identität und Sprache beizubehalten.

Gehen wir die Sache ein klein wenig theoretischer an. In der Politikwissenschaft gibt es einen Begriff, der für diese Problematik geprägt wurde: der *Demos*. Ein *Demos* ist eine Gesamtheit von Personen, die sich über eine Identität als zusammengehörig und zu gemeinsamen Problemen als entscheidungsbefugt betrachtet. Diese Identität kann dünn und partiell sein. In diesem Sinn ist die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder ein *Demos* für gewerkschaftliche Probleme. Ein *Demos* kann umfassend sein, etwa die Staatsbevölkerung, *soweit sie sich mit diesem Staat identifiziert und nicht grundsätzlich einen anderen will*. Sie kann aber auch auf einzelne Schichten beschränkt oder konzentriert sein. In diesem Sinn enthält der *Demos* des Bundeslandes Kärnten auch einen Sub-*Demos* Kärntner Slowenen, soweit diese auf die Erhaltung ihrer eigenen Identität und Selbstbestimmung Wert legen (nicht alle tun dies).

Gibt es neben dem deutschen *Demos* in Deutschland einen „europäischen *Demos*“? Den gibt es sicher. Aber er besteht aus einer Minderzahl von Menschen, die vorwiegend den oberen und mittleren Mittelschichten, den materiell besser Gestellten, angehören. Das ist jener Kreis, den man im 19. Jahrhundert "Besitz und Bildung" nannte. Er bildete auch damals den "*Demos*" der liberalen Praxis. Damals wie heute nahm *dieser* *Demos* das alleinige Recht auf politische Mitbestimmung für sich in Anspruch. Heute macht dieses Segment rund ein Viertel der Bevölkerung aus. **Der Begriff der Ein-Viertel-Gesellschaft ist also analytisch abgestützt und keineswegs nur Polemik.**

Die EU-Kommission lässt seit Langem immer wieder auch die Identitäten in den Mitgliedsstaaten untersuchen. Wie immer, sind die Ergebnisse von der Fragestellung abhängig und müssen interpretiert werden. Im Mai 2013 wurde diese Frage (*Wie sehen Sie sich in der nahen Zukunft?*) in den aussagekräftigsten – weil am wenigsten manipulierten – Eckfragen folgend beantwortet: 29 % „nur als Deutsche“; 2% „nur als Europäer“. Das Verhältnis könnte eindeutiger nicht sein. Schwierig sind die Zwischenpositionen zu interpretieren, welche im Wesentlichen die politisch gebilligten und erwünschten Positionen wiedergeben, nämlich „als Deutsche und Europäer“ (58 %) bzw. „als Europäer und Deutsche“ (9 %). Je höher die Schicht, umso eher ist die Definition supranational.

Was sich heute im weiteren Kreis der EU und im restriktiveren der Euro-Zone abspielt, ist ein Kampf des exklusiven, auf die oberen Schichten beschränkten *Demos* der gut Verdienenden und sich um ihren Aufstieg in die Elite Sorgenden gegen den allgemeinen umfassenden *Demos*, gegen jenen *Demos*, welcher dem Ideal der Demokratie, der verallgemeinerten Selbstbestimmung zugrunde liegt.

Dieser allgemeine *Demos* schien, nach einem langen Anlauf seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts in der Lage, wesentliche unter seinen Anliegen durchzubringen. Der **europäische Wohlfahrtsstaat** – in seinen unterschiedlichen Varianten – war das eigentliche Ergebnis der nationalen Demokratie. Er garantierte zwar nicht Vollbeschäftigung. Aber er gewährte einen gewissen Schutz gegen extreme Verarmung in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Er verhinderte zwar nicht Altersarmut. Aber besser ging es den Leuten allemal, als noch ihren Eltern. Er machte zwar die Lebenserwartung nicht gleich. Aber er bot Anspruch auf medizinische Behandlung und nahm die Angst vor dem hilflosen Verrecken.

Aber das Alles nahm den Lebensrisiken einen erheblichen Teil ihrer disziplinierenden Wirkung. Und ein Ende war nicht abzusehen, die Ansprüche stiegen. Die nationale Politik oder wenigstens ihr amtierender Teil stand unter ständigem Druck. Gab sie nicht nach, so riskierte sie, abgewählt zu werden.

Die politische Klasse fand schließlich die Lösung: Man musste einfach das allgemeine Wahlrecht ins Leere laufen lassen.

Aber wie sollte dies auf der sensitiven nationalen Ebene geschehen? Der Trick war einfach: Die politische Klasse trat freiwillig ihre grundlegenden Entscheidungs-Kompetenzen ab und verlagerte sie auf eine Ebene, wo die Bevölkerung keinen Einfluss mehr hatte. Das Dekor der Ämter samt ihrem materiellen Ertrag aber behielt sie.

Und Demokratie und Parlamentarismus? Jahrzehnte hatte man in den Schulen die Menschen auf eine abstrakte Weise indoktriniert: Das ist in einem modernen Staat unverzichtbar. Das Parlament muss weiter bestehen. Aber auch hier fand sich eine Lösung:

Man schuf ein Pseudo-Parlament, das EP. Es entstand aus dem allgemeinen Wahlrecht; aber es hatte keine Kompetenzen.²

Die Bürokratie misstraute diesem Parlament anfangs. Aber sie merkte schnell: Dort saßen die eigentlichen Janitscharen des übernationalen bürokratischen Staats. Sie konnte sich keinen besseren Verbündeten wünschen. Im zähen *Infight* gelang es diesem Pseudo-Parlament, sich eine Reihe von Befugnissen zu arrogieren und der Spitzenbürokratie gegenüber ein Stör- und Drohpotenzial aufzubauen. Die Bürokratie sah dies mit gemischten Gefühlen. Einerseits war sie irritiert über die Zurufe. Andererseits sah sie den Wert des EP als Propaganda-Instrument.

Denn gerade, weil es von der Bevölkerung überhaupt nicht ernst genommen wurde und wird, weil die Wahlen zum EP der Bevölkerung einzig dazu dienen, die nationale Politik abzustrafen, kann es ungestört seine Spielchen machen. Seine Abstellgleis-Funktion kommt ihm dabei zugute. Wer in Brüssel / Luxembourg / Strassbourg verschwindet, kehrt nicht mehr nach Deutschland oder Österreich zurück und kann seinen politischen Ehrgeiz aufgeben. Wen kümmert schon eine Frau Harms oder ein Herr Swoboda? Damit war die letzte Kontrolle weg. Dabei richtet es durchaus Schaden an.

Aus der historischen Erfahrung wissen wir: Es kann lange dauern, bevor die Bevölkerung das realisiert. Politik ist kein Teil der Lebenswelt der Unterschichten, und internationale Politik schon gar nicht. Damit rechnen auch die Propagandisten des EP. Nur die, welche aktuell oder vielleicht auch nur möglicher Weise aus diesen Verhältnissen etwas zu gewinnen hoffen, versuchen auch, diese Art von Politik zu lernen. Das sind die Mittel- und Oberschichten. So kommt es, dass dieses Parlament zwar aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, wenn man angesichts der tiefen Wahlbeteiligung davon noch sprechen kann. Aber es handelt ausgeprägt und ausschließlich im Interesse des obersten Viertels, von "Besitz und Bildung".

Eine substantielle europäische Demokratie auf supranationaler Ebene ist schon wegen dieser Konstruktion unmöglich. Eine Änderung ist nicht zu erwarten. Wer sollte dies schon durchsetzen? Die Nutznießer der gegenwärtigen Zustände vielleicht? Damit bleibt nur der Austritt. Wenn es nicht schon zu spät ist.

Und die Gewerkschaften?

In der Institutionen-Ökonomie wird in der dort üblich verquerten Weise ein wichtiges Problem thematisiert. Man spricht von der *principal-agent-Frage*. Gemeint ist: Ein Beauftragter, ein Prokurist, ein Manager, handelt keineswegs notwendig im Interesse der Person (des *principal*), die ihn beauftragt. Er handelt vielmehr in seinem eigenen Interesse. Man muss also die Beziehungen so gestalten, dass irgendwie der *agent* gezwungen wird, die Interessen seines *principal* zu vertreten.

Es ist das Zentralproblem repräsentativer Demokratie. Das seltsame Gewand der Frage darf uns nicht darüber hinweg täuschen. Vor allem aber ist es das Hauptproblem der unteren Schichten in der Demokratie. Denn die Vertreter der Mittel- und Oberschichten treten nicht in eine andere Lebenswelt über, wenn sie z. B. Abgeordnete werden. Wohl aber trifft dies für die Abgeordneten zu, die selbst aus den unteren oder den Mittelschichten knapp darüber kommen. Sie werden nicht nur in eine materiell radikal veränderte Lage versetzt: Sie verdienen nun z.B. das Vierfache des mittleren Einkommens. Sie treten auch in eine Berufs- und Lebenswelt ein, die mit der ihren, bisher gewohnten, nichts mehr zu tun hat.

Die Sozialisten haben dieses Problem seit den Anfängen der Arbeiter-Bewegung sehr gut erkannt und sich den Kopf darüber zerbrochen. Einer ihrer Lösungs-Vorschläge war das Räte-System: die enge Bindung der Abgeordneten an ihre Wähler mit der Möglichkeit, sie direkt zu beeinflussen (*Gottschalch* 1968).

Und vom Namen her sind auch die Betriebsräte noch letzte Überbleibsel dieser Debatte. Denn das Problem tritt 1 : 1 bei den Gewerkschaften auf. Die Gewerkschafts-Vorsitzenden und ihre Funktionäre, jeder Betriebsrats-Vorsitzender eines Großbetriebs, alle diese Arbeiter-Vertreter stehen materiell weit

² Diesen Trick lernte man von der zaristischen Wahlrechtsreform im Finnland des Jahres 1906. Dort durften zum ersten Mal auch die Frauen wählen. Aber das war belanglos. Das Parlament hatte nichts zu sagen.

über den von ihnen Repräsentierten. Haben diese Leute dann auch noch einen politischen Ehrgeiz, wollen Abgeordnete oder Minister werden, dann ist das Dilemma perfekt. Es hört sehr schnell auf ein Dilemma zu sein, und die Funktionäre wissen zu gut, nach wem sie sich zu richten haben.

Aber nicht nur die Sozialisten haben das Problem erkannt. Die bürgerlich-konservativen Juristen haben sich dessen liebevoll angenommen, auch und erst recht, wenn sie sich Sozialdemokraten nannten, *Hans Kelsen* etwa, der 1920 die österreichische Bundesverfassung entwarf. Sie erfanden das "freie Mandat". Das ist in Allem und Jedem das gerade Gegenteil der Räte-Idee. Der Abgeordnete ist *nicht* abrufbar, und er ist *nicht* an Aufträge gebunden. Das Ergebnis ist wie gewünscht und mündet in die Politik *à la Quallinger*: 'Wann I g'wählt werd', kauf I mir an Mercedes...' Aber das ist vergleichsweise harmloses Kabarett. Die Realität ist bedeutend schlimmer.

In Deutschland, im hoch entwickelten Europa ganz allgemein, kommt zu dieser trivialen Fassung des Problems die Stellung des Landes in der Weltwirtschaft dazu. Man hat dies theoretisch mit dem Begriff der Arbeiter-Aristokratie diskutiert, mit der vergleichweisen Privilegierung auch der Arbeiter im Vergleich des Weltmaßstabs und zu den weniger entwickelten Wirtschaften. Das im Export erfolgreiche Kapital gibt einige Brosamen von seinen steigenden Gewinnen auch an die Arbeitenden weiter und sichert sich so deren Loyalität. Das gilt natürlich umso stärker, je höher dieser weitergegebene Anteil ist, bei den Funktionären also. Und die deutschen Beschäftigten vergleichen sich mit ihren Kollegen aus den anderen Ländern und kommen zum Schluss: Im Vergleich geht es uns nicht so schlecht. Wie auch nicht – im begünstigten machtvollen Zentrum.

Aber nun stehen wir in der Finanzkrise. Die politische Klasse nimmt das Geld der Bevölkerung und wirft es den Spekulanten und den Banken nach. Immer mehr Menschen begreifen, dass nicht "die Griechen" die Nutznießer dieser Summen sind. Ein Teil unter ihnen ist wohl auch schon zu lange Zeit dem Einfluss des allgemeinen Klimas und der Medien ausgesetzt und lässt sich aufhetzen. Denn die Figur des "faulen Griechen" ist ein Produkt von BILD und FAZ, in Österreich von KRONE und dem Feller'schen "Österreich", nicht so sehr der Bevölkerung.

Die Gewerkschaften, nicht zuletzt in ihrer Abhängigkeit von der Sozialdemokratie, wollen beide Stereotypen bedienen: jene des faulen Griechen mit der Kehrseite des fleißigen Deutschen, und jene des aufrechten, solidarischen deutschen Internationalisten, der notwendige Opfer für andere bringt. Und doch wundern sie sich, wenn sie zwischen zwei Stühlen sitzen und an Unterstützung verlieren. "Anpassen oder Untergehen" hat, ich glaube 1996, der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte die Alternative gestellt. Und er meinte eindeutig das Anpassen an die Konservativen und die Oligarchie. Die "Schwäche der Gewerkschaften außerhalb des Werkgeländes" (*Deppe* 2010), und man muss wohl hinzufügen: nicht zuletzt auch innerhalb – will er also mit vollständiger Unterwerfung kompensieren.

Die Gewerkschaften und mit ihnen einige der wenigen noch verbliebenen Linken haben noch immer nicht begriffen: Was für Reagan und für Thatcher der Kampf gegen die Gewerkschaften und die Arbeiter-Bewegung war, das war auf dem Kontinent der Ausbau der EG und ihre Umwandlung zum supranationalen Staat EU samt der Krönung der Euro-Währungsunion. Die "Niederlage der Arbeiterbewegung" mit den "dramatischen Verschiebungen in den Kräftekonstellationen zwischen Kapital und Arbeit" mit den "enormen Machtverschiebungen innerhalb des herrschenden Blocks zugunsten der Finanzmarktakteure" (*Deppe* 2011) war ja kein Automatismus. Es war eine gezielte politische Strategie.

Wenn man eine höchst dringliche Strategie-Debatte SPD-Partei-Intellektuellen überlässt, die ihre ganz eigenen Interessen haben, braucht man sich nicht wundern, wenn das dabei heraus kommt. Die sind ja, neben den eigentlichen Eliten, die Hauptgewinner des supranationalen Staats. Man braucht sich somit nicht zu wundern, wenn sie auch seine fanatischen Gefolgsleute sind.

Denn dieses Problem ist höchst real. Eine Gewerkschaft ist eine politische Spezialorganisation. Sie ist ein wirtschaftspolitisches Instrument der Arbeitenden und *muss* daher politisiert sein. Wenn sie sich aber zum Anhängsel einer Traditionspartei macht, welche selbst der wichtigste Vertreter des Groß- und Finanzkapitals geworden ist, welche die bürokratischen Eliten vertritt und organisiert, dann ist sie zum Scheitern verurteilt, auch in ihrem "Kerngeschäft", ihrem zentralen Anliegen beim Vertreten von Alltags-Interessen und kurzfristigen tages- und gruppenpolitischen Anliegen. Denn dazu braucht es einen strategischen Rahmen, einer langfristigen allgemein politischen Perspektive. Das müsste gerade jenen

klar sein, die stets von Globalisierung sprechen. Eine Spezial-Organisation allein tut es nicht. Und das ist das Problem:

Die Gewerkschaften brauchen auf der einen Seite eine Partei, die allgemeinpolitisch in ihrem Interesse handelt. Aber sie dürfen sich von einer solchen Partei nicht abhängig machen, sie müssen *Autonomie* bewahren. Es bedürfte tatsächlich einer permanenten Debatte, um diesen schwierigen Pfad zu thematisieren und ausfindig zu machen. In dieser Broschüre findet das genaue Gegenteil statt.

Literatur

- Gottschalch, Wilfried* (1968), *Parlamentarismus und Rätedemokratie. Mit einem Lesebuch.* Berlin: Wagenbach.
- Deppe, Frank* (2010), *Aus der Krise lernen. Anmerkungen zur gewerkschaftlichen Strategiedebatte.* In: *Sozialismus* 10/37, 39 – 47.
- Deppe, Frank* (2011), *Eine Geschichte von Klassenkämpfen. Wandel des Kapitalismus und die Kämpfe der Arbeiterbewegung.* In: *Sozialismus* 9/38, 51 – 59.
- Kennedy, Robert F.* (1968), *Gangster drängen zur Macht.* Hamburg: Rowohlt.
- Koch, Claus* (1997), *Das Ende des Selbstbetrugs. Europa braucht eine Verfassung.* München: Hanser
- Luxemburg, Rosa* (1970 [1964]), *Die Krise der Sozialdemokratie ("Junius-Broschüre").* In: *Luxemburg, Politische Schriften.* Leipzig: Reclam, 227 – 378.
- Meyer, Henning / Watt, Andrew* (2014), *Die Zehn Mythen der Eurokrise. ... und warum sie falsch sind.* IMK SE Publishing.
- Reiterer, Albert F.* (2014), *Der Euro und die EU. Zur politischen Ökonomie des Imperiums.* Bergkamen: pad.
- Roth, Jürgen* (2014), *Der stille Putsch. Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt.* München: Heyne.



Albert F. Reiterer

**Der Euro und die EU
Zur Politischen Ökonomie des Imperiums**

74 Seiten, 5 Euro

AUS DEM INHALT: I. Zusammenfassung in Thesen - II. Imperium EU: Elemente einer Analyse (Einleitung: Politik, Macht und Geld - "Geldmengen" als unterschiedliche Definitionen von Geld) - Die EU und das Geld - Der Ausgangspunkt - Imperium? - (Das Programm: Alexandre Kojèves Entwurf - Ein deutsch-französisches Ko-Direktorat - „Optimaler Währungsraum“ und Euro) - Von der Zoll- zur Währungsunion – Der „Werner-Plan“ und der Tindemans-Bericht - Die 1970er und 1980er: Der

missglückte Probelauf und die neoliberale Wende - Der Delors-Plan - Der deutsche Streit um den Euro: Die Widersprüche des Hegemons - Die Eurozone: Zentrum und Peripherie (Die Revolution der Ansprüche und die Reaktion - Die Starken und die Schwachen - Die Struktur - Der Euro als Strategie der Dualisierung - Die Funktionsweise der Euro-Bürokratie: die EZB / Die Folgen der Währungsunion - Der Euro – eine Wachstumsbremse - "Bankenunion" - ESM - „Europäisierung“ - Schlussfolgerungen - Und die politischen Konsequenzen?

Die Eurozone steckt 15 Jahre nach Einführung der Gemeinschaftswährung in existentiellen Schwierigkeiten. In vielen Ländern steigen die Einkommens- und Vermögensungleichheit und das Armutsrisiko. Nicht zuletzt hat sich der Konvergenzprozess, den es bis zur Krise zwischen den reicheren und ärmeren Ländern der EU gegeben hat, vielfach in sein Gegenteil verkehrt.

Die vorliegende Veröffentlichung ist ein Beitrag zur Durchmusterung der Illusionen, Trugbilder und Scheinlösungen des europäischen Selbstbetruges und der dahinter liegenden Interessen.

pad-verlag – Am Schlehdorn 6 – 59192 Bergkamen / pad-verlag@gmx.net